linKS zeitung

Informationen der Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Stadtparlament Jg. 4 2/10

DIE ALTERNATIVE FÜR KASSEL

Kasseler Linke eröffnet den Wahlkampf

Das war kein Tag wie jeder andere. Und auch wenn es noch viele Highlights im noch gar nicht richtig begonnenen Wahlkampf geben wird: Die Pressekonferenz des Bündnisses Kasseler Linke.ASG am 19. Mai war schon etwas Besonderes.

Dass sich mit unserem parteilosen Stadtverordnetenmitglied, Kai Boeddinghaus, ein Kandidat links von SPD und Grünen zur Wahl stellt, ist ein Novum, ein Zeichen für das gestiegene Selbstbewußtsein des Kasseler Linksbündnisses, aber auch dafür, dass das arrogante Gehabe der rot-grünen Rathauskoalition mehr braucht als nur ein politisches Gegengewicht in der Stadtverordnetenversammlung!

Neue MitstreiterInnen gesucht

Aber bevor sich Kai Boeddinghaus ins Rampenlicht begibt und damit die „Katze aus dem Sack“ lässt , stellt Norbert Domes, zusammen mit Marianne Bohlbach, Eckhard Jochum und Rogelio Barroso vom Bündnisses der Kasseler Linke.ASG die Konzeption für die Wahlen im Frühjahr 2011 vor. In einer Serie von öffentlichen Plenumsveranstaltungen und 2 kommunalpolitischen Seminaren im Sommer sollen Mitstreiterinnen gesucht und gewonnen werden für einen Wahlkampf, die Erarbeitung eines Programms, eine attraktive KandidatInnenliste und die kommunalpolitische Arbeit. Ganz oben auf der Agenda steht dabei der Versuch, in den vielfältigen außerparlamentarischen Bewegungen, die sich gegen die verfehlte Stadtpolitik der Hilgen-Mannschaft (Sozialticket, Langes Feld, Flughafen, Schwimmbadentwicklung etc.) gebildet haben, Mitstreiter und Interessierte für die Arbeit in einer gestärkten linken Fraktion im neuen Parlament zu suchen. Es gibt viele parteilose, teilweise aber auch von ihren Parteien Enttäuschte, die möglicherweise nach neuen Betätigungsfeldern suchen. Bei der Kasseler Linken sind sie gut aufgehoben!

Kai Boeddinghaus für Kassel

Dass in diesem Wahlkampf Kai Boeddinghaus für die Kasseler Linke.ASG auch zu den Wahlen für den Oberbürgermeisterposten antritt, wird nur vor dem Hintergrund der harten und erfolgreichen Arbeit von Bündnis und Fraktion plausibel und dem Tatbestand, dass die an Auseinandersetzungen reiche Wahlperiode ein gewachsenes Selbstbewußtsein hat entstehen lassen.



OB Kandidat und Stadtverordneter Kai Boeddinghaus, neben ihm Norbert Domes Fraktionsvorsitzender und Marianne Bolbach vom Bündnis der Kasseler Linke.ASG

Folgende Themen sind nur durch unsere Fraktion auf den Tisch gekommen:

- die gesetzwidrige Pauschale bei den Heizungskosten (jetzt endlich abgeschafft),
- die Standortfehlentscheidung für das neue Kombibad am Auedamm,
- die Verweigerung des Einstiegs in das Sozialticket,
- das Millonengrab Flughafen Kassel Calden,
- die versprochene und nicht durchgeführte Bürgerbeteiligung und
- die Konzeptionslosigkeit beim Ausbau des Langen Feldes.....

Damit ist die Kasseler Linke seit vielen Jahren die einzige konsequente Opposition in der Stadtverordnetenversammlung. Das aktive Personenbündnis hat sich zum Interessenvertreter der kleinen Leute, zum Ansprechpartner des außerparlamentarischen Widerstands und zur Stimme all derer gemausert, die sich von diesem Magistrat nicht mehr ein X für ein U vormachen lassen wollen. Immer dann, wenn Barthel und Hilgen etwas als alternativlos hinstellen, egal ob es ums Sparen oder ums Investieren geht, haben wir als einzige Fraktion konsequent Gegenvorschläge gemacht und dabei häufig die besseren Ideen und Argumente auf den Tisch gepackt. Wir hatten manchmal sogar juristisch die besseren Karten. Kürzlich musste Kassels Unsozialdezernent, Dr. Barthel, zähneknirschend zurück rudern. Wenn es darum geht, an den Armen zu sparen und ihnen die Krisenfolgen der Marktwirtschaft aufzubürden, dann wird gerne mal am Gesetz vorbei gehandelt - wider besseres Wissen.

Weil es ist, wie es ist und die unsoziale Politik von rot-grün einen Dämpfer braucht, deshalb kandidiert Kai Boedinghaus gegen Hilgen.

Eckhard Jochum

KASSELER LINKE.ASG
Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

KOMMUNALFINANZEN

Offenbarungseid Rot-Grüner Haushalt

Im März wurde mit den Stimmen von SPD und Grünen der Haushalt der Stadt Kassel verabschiedet. Er weist mit einer Neuverschuldung von über 70 Millionen Euro den bisher größten Fehlbedarf eines Haushaltsjahres aus. Sprunghaft schnellen Kassels Schulden wieder nach oben. Noch 2009 hatte der Kämmerer Erfolgsmeldungen über einen Schuldenabbau in Kassel verkündet. „Wir sind auf einem guten Weg" - das war ein frommer Wunsch von gestern.

Hauptursache: Einbruch bei den Einnahmen!

Die katastrophale Haushaltslage in Kassel beruht nicht darauf, dass die Stadt über ihre Verhältnisse leben würde. Im Gegenteil, Kassel müsste mehr investieren in Bildung, in den Erhalt der Gebäude und Straßen, in die Stadtsanierung, in Beschäftigungsprogramme, in soziale Projekte und Hilfen....

Die Einnahmen der Stadt brechen weg. Und das nicht erst so seit der wirtschaftlichen Talfahrt im Krisenjahr 2009, sondern seit Jahren. Die schlimmsten Folgen hatte bisher die sogenannte Jahrhundertsteuerreform von Hans Eichel (prominentes Kasseler SPD - Mitglied und Ex-Finanzminister). Die Steuergeschenke an die Unternehmen und Vermögenden führten in der Summe der Jahre 2001 bis 2006 zu einem Minus von von etwa 180 bis 200 Millionen Euro für Kassel. Für diese aufgehäuften Altschulden sind Zinsen zu bezahlen, die den Haushalt ständig weiter belasten. Kaum hatten sich die Steuereinnahmen wieder erholt, kam die Steuerreform der großen Koalition im Jahr 2008 zu Lasten der Kommunen.

Und es soll noch schlimmer kommen

Die jüngsten Steuerschätzungen lassen ein Minus von 12 Milliarden Euro bei den Kommunen befürchten. Eine Zahl für Kassel gibt es dabei noch nicht, von einem zweistelligen Millionenbetrag muss man ausgehen. Die hessische Landesregierung will sich mit 400 Millionen Euro zu Lasten der hessischen Kommunen bedienen. Für Kassel wäre das ein weiteres Minus von 30 Millionen Euro. Der Bund senkt seinen Anteil für die Kosten der Unterkunft bei Hartz IV ab, ein Minus von 1,4 Millionen Euro für Kassel.

Schnell war die Bundesregierung bereit, mit Milliardenbeträgen Banken zu sanieren und damit neues Geld in die Spekulation auf den Finanzmärkten zu pumpen. An eine Sanierung hoch verschuldeter Kommunen ist nicht gedacht.

Folgen der Rotstift-Politik

Auf den ersten Blick kam es in Kassel noch nicht zu spektakulären Einschnitten.

Aber die Folgen der Rotstift-Politik sind allenthalben zu spüren.

Jahrelang wurde den Hartz IV-Beziehern mit der Pauschalierung der Kosten der Unterkunft und der Heizung Geld vorenthalten. Die Bäder wurden vernachlässigt und bleiben geschlossen oder sind nur noch eingeschränkt nutzbar. Die Müllgebühren wurden erhöht, die städtischen Zuschüsse für die KVG gekürzt. Die in der Vergangenheit schon zu niedrigen Ausgaben für Gebäudesanierung und Straßenerhalt wurden weiter abgesenkt. Investitionen beim Kasseler Entwässerungsbetrieb wurden gedeckelt. Der Personalabbau im öffentlichen Dienst wurde weiter betrieben. Investitionen werden ständig in die Zukunft verschoben.

Einerseits wird zu Lasten der Ärmsten gespart, werden die Bürgerinnen und

Kommunalfinanzen

„Die Finanz- und Wirtschaftskrise reißt tiefe Löcher in die kommunalen Haushalte. Und die Talsohle ist noch nicht erreicht. Sinkende Steuereinnahmen und steigende Sozialausgaben setzen die städtischen Finanzen unter doppelten Druck. Vor allem in strukturschwachen Städten mit hoher Arbeitslosigkeit und Verschuldung drohen die Haushalte dadurch zerrieben zu werden."

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages im September 2009.



Fotograf: Simon Schmitt

Bürger belastet und die Probleme in die Zukunft geschoben. Andererseits geht eine unverantwortliche Politik der Investitionen in Großprojekte trotz sprunghaft steigender Kosten und Verschuldung weiter.

Das Millionengrab Flughafenneubau wird nicht gestoppt. Für Prestige-Projekte wie eine Multifunktionshalle ist Geld da. In die Entwicklung des Gewerbegebiets Langes Feld wird kräftig Geld versenkt, obwohl damit in erster Linie Betriebsverlagerungen innerhalb von Kassel vor-



Crisis, what crisis? Krise, welche Krise?

finanziert werden und keine neuen Gewerbebetriebe kommen.

Alternativen

Wir haben mit einer ganzen Reihe von Anträgen versucht, dieser Schieflage gegenzusteuern:

Einnahmen verbessern durch eine moderate Erhöhung bei der Gewerbesteuer; Ausgaben für Flughafenneubau und Gewerbegebiet Langes Feld streichen.

Bei den Ausgaben: Vorrang für Bildung und Soziales.

Zum Beispiel gute Betreuung in den Kindertagesstätten, Mittel bereitstellen, damit die Gruppengröße bei 20 Kindern liegen kann und in der Regel zwei ErzieherInnen auf eine Gruppe kommen.

Zum Beispiel: Sozialticket einführen.

Nur beim Flughafen stimmten die Grünen mit uns, sonst wurden unsere Anträge von SPD, CDU, Grünen und FDP abgelehnt.

Offenbarungseid 2011?

Unter anderem Dank SMA ist die Arbeitslosigkeit in der Region Kassel nicht gestiegen, in der Statistik sogar rückläufig. Dank weniger Großunternehmen sind die Gewerbesteuereinnahmen in Kassel einigermaßen stabil geblieben. Das verhindert noch tiefere Löcher in der Stadtkasse. Doch alle anderen Rahmendaten zeigen, dass die Wirtschaftskrise sich überall zu einer Krise der öffentlichen Haushalte entwickelt.

Barthels Beschwörungsformel ‚Wir sind auf einem guten Weg' schafft kein Geld in die Kassen.

Es führt kein Weg daran vorbei:

Alle Steuersenkungspläne (wie sie die FDP immer noch verficht) zu Lasten der Kommunen sind einzustellen.

Bund und Länder müssen Entschuldungsprogramme für hoch verschuldete Kommunen wie Kassel bereitstellen. Die soziale Sicherung muss von Bund und Land mitfinanziert werden und darf nicht den einzelnen Kommunen aufgebürdet werden.

Für die Sanierung der öffentlichen Haushalte sollen die zahlen, die die Staatskassen geplündert haben.

Norbert Domes



von Norbert Domes

Fraktionsvorsitzender der Kasseler Linke.ASG im Stadtparlament

norbert.domes@kasseler-linke-asg.net

Flughafen Calden

In der Haushaltsdebatte am 22.03.2010 kritisiert Kai Boeddinghaus Dr. Barthel in Sachen Flughafen:

„[...] mit welcher Unverfrorenheit hat der Kämmerer dieser Stadt [...]vor kaum zwei Wochen den Unschuldsengel gegeben, als meine Fraktion ihm im Ausschuss schon allein aufgrund der Haushaltsplanung die Kostenüberschreitung vorgerechnet hat. Da wusste er von nichts, hatte sich in seinen Schuldenmillionen verlaufen. Und wie oft hat sich Dr. Barthel hier vor das Haus gestellt und mit stolzgeschwellter Brust verkündet, wie es gelungen sei, die Kostenbelastung der Stadt von 18 auf 13 Millionen zu senken. Nichts ist es damit. Stattdessen jetzt mindesten 20 Millionen und unabsehbar laufende Verluste. Hahn, Dortmund, Weeze und wie sie alle heißen. Überall das gleiche Bild. Nirgendwo werden die Versprechen an Umsatz und Verlustbegrenzung (über Gewinne dürfen wir schon lange nicht mehr reden....) eingehalten. Das Schlimme ist, dass die Folgekosten diese Stadt einschnüren werden, dass der ohnehin eingeschränkte Handlungsspielraum der Stadt [...] gegen Null getrieben wird. Die GRÜNEN, die aus eigener Entscheidung noch den letzten Kommunalwahlkampf mit dem Hauptthema Flughafen geführt haben, werden sich ab heute vorwerfen lassen müssen, nicht nur Steigbügelhalter für diesen finanz- und wirtschaftspolitischen Unsinn zu sein, sondern jetzt auch den Einstieg [...] mit zu tragen."

MOBILITÄTSPOLITIK

Die Grünen und ihr Flughafen Calden

Wer kritisiert, dass der Flughafen Kassel/Calden gebaut werden soll, wem es nicht gefällt, dass er inzwischen 75 Mio. Euro mehr kosten soll als geplant (das sind schon mal 225 Euro!), wer den Prognosen aller Experten in Sachen Luftverkehr glaubt, wer weiß, dass sich der Landkreis und die Stadt Kassel für viele Jahrzehnte mit hohen Defiziten aus dem Betrieb des Flughafens werden rumschlagen müssen, der muss das Projekt mit allen Mitteln bekämpfen. Und wenn man als Abgeordneter in den entsprechenden Gremien sitzt, die über das Projekt, direkt oder indirekt befinden, was muss man dann machen? Jawohl, genau - man muss DAGEGEN stimmen! Und? Haben das die Kasseler Grünen gemacht? Nein, lautet die bittere Antwort.



Die BI's gegen den Ausbau liegen richtig: Finger weg vom Fluchhafen Calden

Im Gegenteil: Statt in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD das Projekt klar als nicht zustimmungs- und verhandlungsfähig zu erklären, haben sie von Anfang an für den einen Sitz im Magistrat ihre „grüne Seele" auf dem Verhandlungstisch geopfert und verkauft. Sie haben nicht nur dem Flughafenausbau, so widersinnig und antiökologisch das Projekt in den Augen aller derer ist, die vom Thema was verstehen, immer wieder zugestimmt - sie haben sogar die Zustimmung zum Ausbau des langen Feldes noch hinterher geschoben, auch wenn dieses Projekt im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen nicht explizit genannt wird. Da die Grünen aber sicher sein können (und die SPD auch), dass bei diesem Gewerbeprojekt die CDU auf jeden Fall mitmachen wird, konnten sie es sich leisten, auf dieses Projekt im Vertrag gar nicht erst einzugehen. Den Flughafen jedoch mussten sie schlucken, auch wenn das Schluckbeschwerden und massive Kritik von vielen Seiten mit sich brachte. Denn es gibt da ja noch die Grünen im Landtag, die Grünen im Landkreis und - genau - eine grüne Basis, die über den Flughafen verständlicher Weise ganz anders denkt als die grünen Kommunalpolitiker um Frau Janz, die für den einen Sitz im Magistrat und das bisschen Mitsprache in der großen Kasseler Politik locker mal grünes „Tafelsilber" auf dem Verhandlungstisch opfern.

Was ist denn ein Magistratssitz wert?

Wie viel so ein Sitz im Magistrat wirklich wert ist, werden die Grünen, wenn die ersten Millionen mit Minuszeichen in den Haushalten von Stadt, Landkreis, Land Hessen und Calden verkraftet und versteckt werden müssen, schon noch sehen. Und wenn keiner sich mehr daran erinnert: Wir werden es auf keinen Fall vergessen und ihnen vorrechnen bzw. sie immer wieder fragen: War es das wert? Hat sich der eine Sitz im Magistrat gelohnt im Verhältnis zu diesem unsinnigen Projekt und seinen fatalen Folgen? Denn eins ist doch heute schon klar: Wenn das Projekt realisiert wird, werden weitere Projekte mit zusätzlichen negativen Folgewirkungen nicht lange auf sich warten lassen. Denn wer A sagt, muss dann auch B sagen und zum defizitären Flughafen noch das eine oder andere Straßenprojekt zur verbesserten Anbindung des Flughafens hinterher bauen. Wir meinen: Das ist der Magistratssessel von Frau Janz nicht wert! Eckhard Jochum

UNTERKUNFTSKOSTEN

Die Pauschalierung ist weg, nicht aber die Ungerechtigkeit

Nach jahrelangem Drängen der Kasseler Linken wurde die rechtswidrige Pauschalierung bei den Kosten der Unterkunft nun endlich abgeschafft. Aber, was haben wir stattdessen bekommen? Eine Neuregelung, die genauso ungerecht ist, wie die Pauschalierung es war.

Denn der angekündigte „grundsicherungsrelevante Mietspiegel", den die Stadt in Zukunft für die Bemessung der Mietkosten heranziehen will, ist keiner, da er die tatsächlichen Mietkosten nicht abdeckt. Das ist rechtlich nicht in Ordnung, für die Stadt aber wieder mal eine willkommene Möglichkeit, auf Kosten der ärmeren Bevölkerung zu sparen.

Die Auswirkungen dieser Art von Sparpolitik bekam eine allein erziehende Mutter von 5 Kindern, darunter eine behinderte Tochter, Anfang des Jahres zu spüren: Sie sollte aus ihrer von der Stadt extra barrierefrei umgebauten Wohnung ausziehen und sich „irgendwas anderes suchen". Obwohl das Gesetz Einzelfallregelungen vorsieht, kommt die Stadt ihrer Verpflichtung zur Überprüfung der Angemessenheit nicht nach.

Nach Abschaffung der Pauschalierung muss nun die Stadt aufgrund der Neuregelung 2,3 Mio Euro pro Jahr mehr für Mietzuschüsse aufwenden. In den letzten Jahren hat die Stadt immerhin über 12 Mio. Euro auf dem Rücken der Ärmsten an Mietzuschüssen eingespart und in gerade angesagte Prestigeobjekte gesteckt.....

Um der Stadt diese Art unsozialer Sparpolitik nicht durchgehen zu lassen, fordert die Kasseler Linke.ASG die LeistungsempfängerInnen auf, einen Teil dieser zu unrecht einbehaltenen Zuschüsse zurückzufordern. Wer seit Juli 2009 höhere Heiz- und Mietkosten hatte, kann auf unserer Internetseite ein Formular zur Einforderung der Kosten herunterladen oder sich per Telefon bei uns melden. Wir schicken ein solches Formular gern zu.

Wer generell höhere Mietkosten hat, als übernommen werden, sollte Widerspruch eingelegen. Die Musterformulare gibt es ebenfalls bei uns. Denn auch wenn die Pauschalierung nun endlich gekippt ist, ist die Neuregelung immer noch nicht rechtens.

Almut Jürries

INITIATIVE FÜR EIN SOZIALTICKET IN KASSEL UND UMGEBUNG

Viel Unterstützung fürs Sozialticket, aber SPD und Grüne mauern

Am Tag der Erde im Mai 2010 waren es zwei Jahre, in denen die Initiative in der Stadtöffentlichkeit und in den kommunalpolitischen Gremien für ein Sozialticket in Kassel und Umgebung gekämpft hat.

Mit öffentlichen Aktionen, ausführlichen Argumenten, politischen Briefen und Unterschriftensammlungen haben etwa 100 Aktive versucht, mit der Forderung nach einem bezahlbaren Ticket für Bus und Bahn TransferleistungsempfängerInnen die Tür zu mehr sozialer Gerechtigkeit in Kassel einen kleinen Spalt zu öffnen. Etwa 9.000 Menschen haben dies mit ihrer Unterschrift bekräftigt. 60 Gruppen und Organisationen, nahezu alle, die hautnah die zunehmende Verarmung und Ausgrenzung breiter Bevölkerungsteile Kassels erleben, haben uns unterstützt.

Im Sozialausschuss im November 2009 war bei einer großen öffentlichen Anhörung grundsätzlich viel inhaltliche Zustimmung von sozial engagierten PolitikerInnen aller Parteien zu hören – wohlfeile Worte! Versprochen wurde den Betroffenen ein kleines „Trösterchen“ von Kämmerer Dr. Barthel und dem sozialpolitischen Sprecher der SPD, Dr. Schnell: eine Verbilligung des bestehenden „Diakonietickets“ um 5.- € -, allerdings bei gleichzeitiger Beschränkung der Gültigkeit auf den Stadtbereich Kassel. Die KVG wäre dazu bereit, das Angebot anzubieten, falls die Stadt die Bürgschaft übernimmt für ein eventuell entstehendes Defizit.

Am 22. März. 2010 wurde in der Stadtverordnetenversammlung im Rathaus über den Haushalt für 2010 – und damit über alle Projekte - entschieden. Die Kasseler Linke.ASG hatte entsprechende Anträge für ein Sozialticket und einen Sozialpass eingebracht. Unsere Hoffnung war: SPD und Grüne können es sich nicht leisten, für diese wichtige soziale Forderung keinen müden Euro zu bewilligen. Aber noch nicht einmal die versprochene Verbilligung des Diakonietickets wurde umgesetzt! Das ist ein Skandal.

Traurige Zwischenbilanz, aber kein Grund zum Resignieren

Unser trauriges Zwischenergebnis: alle Rathausfraktionen außer der Kasseler Linke.ASG haben total geblockt. Die SprecherInnen der Initiative für ein Sozialticket resümieren: die politisch Verantwortlichen haben in dieser Frage in Kassel bisher versagt, obwohl grundsätzliche Zustimmung zur Notwendigkeit eines Sozialtickets auch von Mitgliedern der SPD, der Grünen und der CDU gekommen ist. So hat der SPD-Unterbezirksvorstand in einem Gespräch mit der Initiative am 14. April die Einführung grundsätzlich befürwortet. Aber auf der Prioritätenliste stehen die Interessen der benachteiligten Bevölkerung ganz weit hinten!



Auch die Einführung eines Sozialpasses wird nicht einmal geprüft. Dabei wären womöglich Firmen, Sportvereine und Kultureinrichtungen gemeinsam mit den Bezugsberechtigten sehr interessiert daran. Selbst ein kleiner Ausweis, der den Betroffenen die entwürdigende Zurschaustellung ihres Leistungsbescheides ersparen würde, ausgestellt vom Sozialamt oder der Arbeits-Förderung-Kassel, wurde nicht gewollt. Er würde praktisch nichts kosten . Der Schwalm-Eder-Kreis stellt solche Ausweise problemlos zur Verfügung.

Arme haben keine Wahl, aber sie können wählen

Soziale Gerechtigkeit und Solidarität sind in unserer Stadt offenbar nicht gewollt. Das muss sich ändern.

Die Sprecherin der Initiative, Petra Aulepp-Wulff, sagt zur weiteren Arbeit: „Wir werden weiter Gespräche führen und Bündnisse knüpfen, damit die Forderung nach einer probeweisen Einführung des Sozialtickets nicht verloren geht und damit wenigstens die minimalen Verbesserungen der Lage der Ärmsten durch einen Sozialausweis und ein verbilligtes Diakonieticket noch in diesem Jahr umgesetzt werden. Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen in Kassel, die Spaltung der Stadtgesellschaft in Arm und Reich nicht weiter voranzutreiben, sondern Gelder in dringend notwendige soziale Projekte für Lebensqualität und Chancengleichheit für Kassels zu investieren. Es gibt genug Investitionen in Beton, bei denen das Geld hierfür eingespart werden kann.“

Die Hoffnung bleibt! Auch in Kassel finden am 27. März 2011 Kommunal- und Oberbürgermeisterwahlen statt.

Initiative für ein Sozialticket in Kassel

ANTIATOMDEMO APRIL 2010

Kein Ausstieg aus dem Ausstieg

Was am Anfang der Mobilisierung kaum jemand für möglich gehalten hat: Am 24. April 2010 waren um die 150.000 Antiatomgegner auf den Beinen - gegen den Versuch der Bundesregierung, die Atommeiler der Republik um Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte, länger am Netz zu lassen - was den Energiekonzernen Milliarden in die ohnehin prall gefüllten Kassen spült.

Mit der Menschenkette zwischen Krümel und Brunsbüttel, der Umzingelung von Biblis und der Demo am Atomzwischenlager Ahaus haben wir, die Demonstranten aus allen Teilen Deutschlands, der Atomwirtschaft und der schwarz-gelben Regierungskoalition in Berlin die gelb-rote Karte gezeigt. Mit Erfolg hat die unübersehbare und beeindruckende Manifestation sowohl den Atomkonzernen als auch den sie fördernden Parteien Feuer unter dem Hintern gemacht. Es ist keine Überheblichkeit, davon auszugehen, dass dieses Großereignis Auswirkungen auf die Wahlen in NRW gehabt hat. Das war natürlich auch ein Ziel dieser Demo und Grund dafür, den Demo-Termin so unmittelbar vor diese Landtagswahl zu legen.

Die Atomwirtschaft, mit ihren unzähligen Skandalen, der (ewig) ungelösten Endlagerung der radioaktiven Abfälle und der offenen Absicht, den Energiewechsel, den Umstieg auf umweltfreundliche und nachhaltige Energieproduktion zu verhindern bzw. deutlich zu verzögern, hat viele mächtige und einflussreiche Freunde. Die sitzen nicht nur in der aktuellen Regierung, sondern auch in vielen Redaktionsstuben der Republik. Die HNA darf hierfür als Beispiel dienen: Am Samstag vor der Demonstration, obwohl es da schon alle Spatzen von den Dächern pfiffen, bringt die HNA irgendwo im Innenteil - mit einer billigen Bildunterschrift - den kleinen Hinweis, dass wohl mit 20.000 Demonstranten an eben diesem Samstag zu rechnen sei. Ein Blick ins Internet hätte den Herrschaften aus der zuständigen Redaktion längst gezeigt, dass alle Züge aus den verschiedenen Teilen der Republik ausgebucht waren. Die Veranstalter rechneten mit rund 120.00 Demonstranten für die Menschenkette auf 120 km Länge....

Der Knaller kam dann aber am Montag, dem 26. April, in der Berichterstattung über die Antiatomdemonstration am 24. April. Was macht die HNA? Sie spricht, auf der Seite 12 - also schon weit hinten im politischen Teil der Zeitung - von nur 100.000 Demonstranten! Wieder nur in einer Bildunterschrift. Das Ereignis ist der HNA nur ein Photo mit einer verzerrenden, untertreibenden, leicht verlogenen Mitteilung wert, obwohl doch so viele bedeutende Fragen von größter politischer Tragweite damit verbunden sind.

Dass der Streit um die Verlängerung der Laufzeit der AKWs inzwischen auch in der Berliner Koalition tobt und die verschiedenen CDU geführten Landesregierungen bissig übereinander herfallen, könnte einen, wenn das Thema nicht so bitter ernst wäre, zum Schmunzeln bringen. Jetzt wird ja auch überlegt, die Verlängerung der Atomkraftwerke unter Umgehung des Bundesrates zu beschließen. Das aber darf der Atomlobby und ihren Wasserträgern in der schwarz-gelben Regierung nicht gelingen. Mehrheiten bei Wahlen gewinnt man damit ohnehin nicht, das wissen Frau Merkel und Herr Westerwelle in Berlin nur zu genau. Also gehen solche Spielchen, derartig bedeutungsvolle Beschlüsse an der Länderkammer vorbei zu fassen nur dann, wenn längere Zeit keine wichtigen Wahlen stattfinden. Pikant auch immer wieder: Wieso wird eine Physikerin, die sogar mal Umweltministerin war und bestimmt einiges dabei mitbekommen hat (verheimlichte Störfälle, gefälschte Gutachten etc.), zu einer Atomlobbyistin? Sei's drum!

Die große Mehrheit der Bevölkerung muss für das Abschalten der AKWs und das Umsteuern in der Energiepolitik auf der Straße sorgen. Die besseren Argumente sind auf der Seite der Atomgegner. Den Rest besorgt hoffentlich das abgesoffene Atommülllager Asse und die Unmöglichkeit, Gorleben mit Atommüll voll zu stopfen, nachdem die Wahrheit über die gefälschten Gutachten von jedermann nachgelesen werden kann ...

Eckhard Jochum



BILDUNG

Bildungsstreik und Protesttag in Kassel

Nach einigen Bildungsstreiks in den letzten Jahres ist es nun auch in Kassel gelungen, alle drei Gruppen junger Erwachsener an einen Tisch zu holen.

Am 24. April hatten sich SchülerInnen, Auszubildende und Studierende zusammengefunden, um gemeinsam ihre Lage zu analysieren und Forderungen für den Protesttag am 9. Juni aufzustellen. Seit Jahrzehnten ist es für Angehörige aus ärmeren Schichten schwer, im bundesdeutschen, stark auf Auslese abzielenden Bildungssystem zu höherwertigen Bildungsabschlüssen zu gelangen. Wegen fehlender Lehrmittelfreiheit, zunehmendem Leistungsdruck, antiquierter Dreigliedrigkeit des Schulsystems und Mittelkürzungen wird das Recht auf gleiche Bildung unterlaufen. Die Weiterbeschäftigung von Ausgelernten ist in vielen Betrieben keine Selbstverständlichkeit mehr. StudentInnen sind oft mit niedrigem Bafög und nach dem Studium mit unbezahlten Praktika und ergänzenden Sozialleistungen konfrontiert. Des Weiteren sind die Mitbestimmungsrechte in Schule, Uni oder Betrieb mehr als dürftig.

Am 9. Juni, dem Protesttag, wurde klar: Diese Verhältnisse werden von der arbeitenden und lernenden Jugend nicht mehr hingenommen! Auf der Straße waren neben SchülerInnen und Studierenden auch die Auszubildenden des Kasseler Klinikums, der Telekom sowie die Stifte der Metallbetriebe VW, Mercedes, Bombardier und Rheinmetall mit dabei. Aufgerufen zum Protesttag hatten die Jugendorganisationen der DGB-Gewerkschaften IGM, Ver.di u.a., ASTA sowie SOLID, SAV, SDAJ u.a.

Jetzt gilt es, dem außerparlamentarischen Protest auch im Kasseler Rathaus eine Stimme zu geben und die Kasseler Linke zu stärken.

Miclas Lacorn

www.zukunftsperspektiven-erkaempfen.de

Fotograf K.H. Rosenhöfel



VOR 65 JAHREN

Amerikaner beenden NS-Herrschaft in Kassel

Anfang April 1945 marschierten nach einigen Warnschüssen Einheiten der 3. US-Armee kampflos in Kassel ein.

In Kaufungen wurden deutsche Einheiten in letzter Minute von resoluten Bürgern zur Aufgabe überredet, aber in Landwehrhagen kam es noch zu Gefechten mit mehreren Toten. Verwendet wurden dabei auf deutscher Seite Panzer, die noch kurz vorher von den Bändern der Kasseler Rüstungsschmieden liefen. Es waren die Alliierten, die wie überall in Deutschland, auch in Kassel die NS-Herrschaft beendeten. Das lag daran, dass dieses Regime von einem großen Teil der deutschen Bevölkerung bis in die letzten Tage hinein getragen würde. Der Widerstand gegen das NS-Regime wurde schnell zerschlagen und war von Anfang an gesellschaftlich isoliert. Das war auch in Kassel so. Es gab zwar einzelne mutige Widerstandskämpfer und Gegner des Naziregimes, doch über vereinzelte Flugblattaktionen und Parolen an den Wänden hinaus konnten diese Menschen dem Regime wenig entgegensetzten.

Kassel war eines der wichtigsten Rüstungszentren und eine wichtige Garnisonsstadt, Nordhessen war eine Hochburg des Antisemitismus in Deutschland und in Kassel selbst schnitten die Nazis bei Wahlen überdurchschnittlich gut ab. Die Reichspogromnacht fand zwei Tage früher als im Reichgebiet auf Initiative Kasseler und Arolsener SS- und Gestapoleute statt, ebenso wie die Bücherverbrennung auf dem Friedrichsplatz im Beisein vieler Kasseler Schaulustiger. Nach dem Überfall auf Polen wurden die heimkehrenden Soldaten von vielen tausend Kasseler Bürgern stürmisch gefeiert.

Während der Naziherrschaft wurde die Kasseler jüdische Gemeinde vollständig vernichtet. Die Deportationen der Kasseler Juden fand am helllichten Tag statt. Vom Kasseler Hauptbahnhof wurden die meisten Kasseler Juden nach Riga transportiert, wo sie fast alle umgebracht wurden. In den letzten Tagen brachten Kasseler Gestapo- und SS-Leute noch Zwangsarbeiter, politische Häftlinge und italienische Kriegsgefangene um. Einen Monat später, am 8. Mai, kapitulierten dann die deutschen Truppen. Dank des militärischen Engagements der Alliierten wurde die Vernichtung der Juden beendet, die Überlebenden aus den KZs, die Zwangsarbeiter und Widerstandskämpfer aus den Kerkern befreit. Die Nazis tauchten unter und versteckten sich zunächst. Ein paar konnten auch verhaftet und verurteilt werden. Auch wenn viele dank des eifrigen Engagements ihrer Volksgenossen später amnestiert wurden und wieder in Amt und Würden kamen: ein demokratischer Neuanfang wurde in Kassel wie in Deutschland möglich.

Jonas Dörge



„Die Rampe“ Holocaust Memorial von E R Nele in der Moritzstraße in Kassel
Foto: Dietmar Walberg cc

Veranstaltungsreihe: Linke Kommunalpolitik

Ganz konkret auf die Kasseler Kommunalpolitik bezogen - sollen die Probleme des Kasseler Haushalts, die Situation der städtischen Unternehmen und Eigenbetriebe (Städtische Werke, Kasseler Entwässerungsbetrieb, Stadtreiniger, Klinikum etc.) beleuchtet werden und – in einem zweiten Themenblock - die Sozialpolitik mit Arbeitsförderung und Hartz IV-Problematik skizziert und diskutiert werden. Die Referenten und ins Thema Einführenden werden Mitglieder der Fraktion sein.

19.6.2010 von 10 bis 15 Uhr

Nach der Sommerpause werden die beiden Themenbereich Stadtentwicklung, Umwelt und Ökologie mit Mobilitätspolitik einerseits und das Themenfeld Demokratie, Frauen, Migranten, Bürgerrechte und Kultur behandelt. Die Referenten und ins Thema Einführenden sind entweder Mitglieder der Fraktion bzw. des Magistrats oder Mitglieder des Bündnisses.

21. August 2010 10 bis 15 Uhr

Anmeldung bitte an: kontakt@kasseler-linke-asg.net

Sozialpass in Kassel

In mehr als 100 Städten gibt es bereits einen Sozialpass für Volkshochschulen, Fussball-Vereine, Schwimmbäder, Musikschulen, Bibliotheken etc.; in Freiburg wurde er von einem Runden Tisch erstritten. Im Kasseler Stadtparlament wird dagegen sogar die Überprüfung auf eine mögliche Finanzierbarkeit in Kassel abgelehnt. Deswegen möchten wir sie einladen zur Veranstaltung mit dem Thema

„Sozialpass in Kassel im Gespräch“
am 1. Juli 2010 um 19:00 Uhr im Philipp-Scheidemann-Haus

VeranstalterIn: Kasseler Linke.ASG in Zusammenarbeit mit der Initiative für ein Sozialticket

Wohin treibt die Krise ?

Tagesseminar Sa., 19. Juni 2010
10:00 -16:00 Uhr
im Büro der Partei DIE LINKE
Schillerstr. 21, 34117 Kassel

Die Weltwirtschaft wird jetzt im Winter 2009/10 von mancherlei Experten gesund gebetet. Andererseits ahnen selbst Regierungsvertreter: Wir haben es nicht mit einer einfachen Krise, sondern mit einer „tiefgreifenden Zäsur, ja mit einer Epochenwende zu tun“(Schäuble). Die Befürchtung ist nicht gewichen, „dass sich die ökonomische Krise zu einer Krise unserer gesellschaftlichen Verfassung und auch politischen Ordnung auswachsen könnte“ (Steinbrück).

Wohin treibt die Krise ökonomisch und politisch (aktuell im Frühjahr 2010) und welche Chancen ergeben sich für eine sozialistische Lösung?

Mit dieser Seminar-Frage werden folgende inhaltliche Schwerpunkte verbunden:

Rückblick: Ursachen und bisheriger Verlauf der Wirtschaftskrise

Warum der Staat die Krise nicht so recht in den Griff bekommt: Zu den Grenzen staatlicher Interventionen

Wohin treibt die Krise ökonomisch: Massenarbeitslosigkeit! Staatsbankrott? Währungsreform?

Wohin treibt die Krise politisch: Soziale Unruhen, Protektionismus, Nationalismus

* „Eure Ordnung ist auf Sand gebaut“. Chancen für eine sozialistische Veränderung?

SALZ BILDUNGSKREIS NORDHESSEN

Bitte anmelden unter:
Bildung@salz-nordhessen.de oder
Büro Die Linke: 0561 920150-3

Terminkalender

Treffen, Veranstaltungen, Aktionen, Demos...

Jeden Dienstag 13- 15.45 Uhr
BürgerInnensprechstunde
Tips rund um Soziales und ALG II
Fraktionsbüro Rathaus Zimmer W 25
nicht in den Schulferien

Donnerstag 17.6.10

Neuregelung der Kosten der Unterkunft mit Prof. Friedrich Putz
Offene Fraktionssitzung, um 19 Uhr im Schlachthof, Raum 3, Mombachstr. 12

Jeden Donnerstag 15.00 - 16.00 Uhr,
Die Linke Schillerstr. 21 Bürgersprechstunde zu ALG I und ALG II für Stadt Kassel und Kassel Land

Aktuelle Termine findest Du unter
www.kasseler-linke-asg.net

Impressum

linKS zeitung

Herausgeber: Kasseler Linke.ASG
ViSdP: Norbert Domes
Red: Eckhard Jochum, Jonas Dörge
Obere Königsstr. 8 , 34117 Kassel
Tel 0561 787 3315,
E-Mail kontakt@Kasseler-Linke-asg.net
www.kasseler-linke-asg.net
Auflage: 6.000
Druck: Grafische Werkstätten
Layout: Leonie Blume, Jann Hellmuth

DIE LINKSZEITUNG

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke. ASG erlaubt, den Namen weiterzuverwenden.